
Aktueller Begriff Europa

Die Arbeitsschwerpunkte der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020

Zum dreizehnten Mal hat Deutschland als Gründungsmitglied der heutigen Europäischen Union (EU) die sechsmonatige **Präsidentschaft im Rat der EU** für die **zweite Jahreshälfte 2020** übernommen. Die deutsche Ratspräsidentschaft ist zugleich Auftakt der sog. Trio-Präsidentschaft mit Portugal und Slowenien, die sich Anfang Juni 2020 ein gemeinsames Arbeitsprogramm für die drei Amtszyklen bis zum Dezember 2021 gegeben hat. Darin werden die Überwindung der COVID-19-Pandemie sowie der schnelle wirtschaftliche und soziale Wiederaufbau Europas in den Mittelpunkt der Arbeiten des Trio-Vorsitzes gestellt. Hierbei sollen Maßnahmen für den Klimaschutz und den digitalen Wandel im Vordergrund der Anstrengungen der Union stehen.

Mit dem deutschen Ratsvorsitz werden hohe Erwartungen in der EU verbunden. So muss der Rat Richtungsentscheidungen treffen, um die Union aus der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit zu führen und widerstandsfähiger für die Zukunft aufzustellen. Diesen Erwartungen stellt sich Deutschland mit einem insgesamt sechs Leitgedanken umfassenden Arbeitsprogramm unter dem **Präsidentschaftsmotto „Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“**. Sein Hauptaugenmerk richtet der deutsche Vorsitz auf die **Überwindung der COVID-19-Pandemie** und die nachhaltige **wirtschaftliche und soziale Erholung Europas**. Unter seinen weiteren Prioritäten fasst der Vorsitz die Bemühungen für ein stärkeres und innovativeres, für ein gerechtes, für ein nachhaltiges Europa, für ein Europa der Sicherheit und der gemeinsamen Werte sowie für ein starkes Europa in der Welt zusammen. Als wesentliche Querschnittsprojekte benennt er den zügigen Abschluss zweier wichtiger Verhandlungen: den bereits 2021 beginnenden, sieben Jahre umfassenden Mehrjährigen Finanzrahmen einschließlich des Rechtsrahmens für die EU-Strukturfonds und die Ausgestaltung der post-Brexit-Beziehungen zum Vereinigten Königreich nach dem Ende der Übergangsperiode am 31. Dezember 2020.

In seinem **übergreifenden Programmschwerpunkt** stellt der deutsche Ratsvorsitz klar, dass die **Bekämpfung der COVID-19-Pandemie** Grundvoraussetzung für die nachhaltige Überwindung der durch sie verursachten wirtschaftlichen und sozialen Krisen ist. Folglich strebe er an, dabei die solidarische Unterstützung innerhalb der EU sowie die Bündelung aller verfügbaren Ressourcen zu koordinieren. Zugleich müsse die Union die richtigen Schlüsse aus der Pandemie ziehen und sich durch die Ertüchtigung aller Facetten des EU-Krisenmanagements besser auf künftige Gefahren vorbereiten. Die **ökonomische und soziale Krisenbewältigung** rückt er ins Zentrum seiner Anstrengungen und kündigt an, eine nachhaltige und inklusive Wachstumsstrategie zu verfolgen, die sowohl auf eine Erholung der Wirtschaft und die Sicherung von Arbeitsplätzen als auch auf den sozialen Zusammenhalt in Europa zielt. Hierbei sollen der Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft auf der Grundlage des sog. European Green Deal und die digitale Transformation eine wesentliche Rolle einnehmen. Ohne ausdrücklichen Verweis auf das deutsch-französische Konzept für einen Wiederaufbaufonds, das von der Europäischen Kommission (KOM) mit ihrem Vorschlag für einen Europäischen Aufbauplan aufgegriffen wurde, kündigt die Präsidentschaft an, sich für die zügige Schaffung eines **befristeten und fokussierten Aufbauinstruments** einzusetzen, das in die mehrjährige Haushaltsplanung der Union eingebunden und im Rahmen des Europäischen Semesters umgesetzt wird. Zugleich unterstreicht sie die **wichtige Funktion der EU-Strukturfonds** bei der Abfederung der Pandemiefolgen und als Stimulus für den Wiederaufschwung in den Regionen der EU.



In seinem **wirtschaftspolitischen Arbeitsschwerpunkt** formuliert der Ratsvorsitz seine Vision einer adäquaten Antwort auf die Pandemiefolgen, die er auch als Chance für eine beschleunigte nachhaltige und digitale Transformation betrachtet. Danach umfasst dieser Wandel hin zu einem innovativeren Europa drei Elemente: den **Ausbau der digitalen Souveränität** Europas, insbesondere in den Feldern Schlüsseltechnologien und Dateninfrastruktur, und die **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit** durch den Ausbau des Binnenmarkts, die Fortentwicklung der Industrie- und KMU-Strategie der KOM und durch die Modernisierung des EU-Beihilferechts sowie schließlich die Schaffung einer **nachhaltigen Finanzmarktarchitektur**, die Sicherung einer **stabilen Finanzpolitik** und die Herstellung von **Steurgerechtigkeit**.

Für ihre dritte, **sozialpolitische Programmsäule** richtet die Ratspräsidentschaft den Fokus auf die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der sozialen Sicherheit und der Solidarität. Sie kündigt an, den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit auf der Basis eines handlungsfähigen **Europäischen Sozialfonds Plus** aufzunehmen und sich für die Umsetzung wichtiger Elemente der Europäischen Säule Sozialer Rechte stark zu machen, darunter die Entwicklung eines EU-Rahmens für nationale **Grundsicherungssysteme** sowie die KOM-Vorschläge für ein **Mindestlohninstrument** und für eine europäische **Arbeitslosenrückversicherung**. Darüber hinaus spricht sie sich für die institutionelle Aufwertung der Gleichstellungspolitik aus, begrüßt die Geschlechtergleichstellungsstrategie der KOM und befürwortet die Ratifikation der Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen durch die EU und ihre Mitglieder. Als wichtiges Forum für die künftige Ausgestaltung der EU bewertet der Ratsvorsitz die von der KOM angeregte **Konferenz zur Zukunft Europas** und bekennt sich zu seiner Verantwortung, diese zum Erfolg zu führen.

Seinen **vierten Programmschwerpunkt** widmet der deutsche Vorsitz einem **nachhaltigen Europa** und subsumiert hierunter sein Engagement für die Implementierung des **European Green Deal** und den Abschluss der Ratsbefassung mit dem **Europäischen Klimagesetz** sowie seine Unterstützung für den neuen Kreislaufwirtschaftsaktionsplan und die EU-Biodiversitätsstrategie. Er erklärt die **UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung** zu seinem Leitbild und kündigt die Ratsbefassung mit dem entsprechenden **Umsetzungskonzept** der KOM noch im Jahr 2020 an. Große Bedeutung misst er einer nachhaltigen Landwirtschaft bei und strebt daher eine Allgemeine Ausrichtung des Rates in den Verhandlungen über die Gemeinsame Agrarpolitik der EU 2021-2027 an.

„**Ein Europa der Sicherheit und der gemeinsamen Werte**“ lautet der Titel der **fünften Programmsäule**. Darin kündigt der Vorsitz an, auf der Grundlage des jährlichen Rechtsstaatlichkeitsberichts der KOM sowohl einen horizontalen als auch einen **länderspezifischen Rechtsstaatsdialog** des Rates zu etablieren, der eine sukzessive Einzelbefassung mit allen Mitgliedstaaten innerhalb der Trio-Präsidentschaft ermöglicht. Zur Stärkung der Inneren Sicherheit spricht er sich für eine Verbesserung der grenzüberschreitenden Polizei- und Justizzusammenarbeit aus. Mit besonderer Dringlichkeit versieht er seine Anstrengungen, die ambitionierte **Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems** voranzutreiben, um u.a. ein faires Zuständigkeitssystem zu schaffen und Sekundärmigration zu verhindern.

In ihrem sechsten, dem **außen- und sicherheitspolitischen Programmschwerpunkt**, unterstreicht die deutsche Ratspräsidentschaft die Notwendigkeit eines geeinten und kooperativen Vorgehens aller Mitgliedstaaten für eine erfolgreiche Bewältigung globaler Herausforderungen. Sie spricht sich für eine enge außen-, sicherheits- und handelspolitische Partnerschaft mit den **USA** aus und betont ihre Ambition, die engen Beziehungen zum **Vereinigten Königreich** in eine umfassende, faire und ausgewogene Partnerschaft zu überführen. Die politische Zusammenarbeit mit Afrika soll vertieft, die **Europäisch-Afrikanische Agenda** beim Gipfel mit der Afrikanischen Union verabschiedet werden. Die Präsidentschaft unterstützt den Ausbau der Kooperation mit **China** und will zugleich eine Verbesserung der Reziprozität in allen Politikbereichen erzielen. Als weitere zentrale Vorhaben benennt sie die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit **Albanien und Nordmazedonien**, die fortgesetzte Heranführung der Staaten des westlichen Balkans an die EU, die aktive Gestaltung der Beziehungen zu Russland und die Aufwertung der EU-ASEAN-Beziehungen zu einer Strategischen Partnerschaft.

Quellen: [Arbeitsprogramm der deutschen Ratspräsidentschaft](#) (de); [Achtzehnmonatsprogramm des Rates](#) (de).